



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

7. Sitzung (öffentlich)

22. November 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:50 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Schwangerschaftskonfliktgesetz	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749	
Stellungnahme 16/133	
Vorlage 15/371	

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/749 wird ohne weitere Aussprache mit den Voten aller Fraktionen einstimmig angenommen.

2	Grundsätze zur Bildungsförderung für Kinder von 0 – 10 Jahren in Kindertageseinrichtungen und Schulen im Primarbereich in Nordrhein-Westfalen	7
	Vorlage 16/386	
	– Aussprache	7
3	Elternstart	9
	Vorlage 16/385	
	– Aussprache	9
4	Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung	13
	Vorlage 16/383	
	– Aussprache	13
5	PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen	15
	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/1257	
	– Aussprache	15
6	Evaluation der „Aktion Gesunde Kindheit“ – Bericht über die Erfahrungen mit der Verordnung zur Datenmeldung der Teilnahme an Kinderfrüherkennungsuntersuchungen/U-Untersuchungen (U-Untersuchung-TeilnahmedatenVO – UTeilnahmeDatVO)	16
	Vorlage 16/40	

Da die zur Berichterstattung angekündigte Vertreterin des MGEPA nicht anwesend ist, verständigt sich der Ausschuss ohne weitere Aussprache darauf, die Behandlung des Themas in seine Sitzung am 6. Dezember 2012 zu schieben.

Das Expertengespräch soll am 31. Januar 2013 oder am 21. Februar 2013 stattfinden. Anregungen zum Kreis der einzuladenden Sachverständigen oder zum Fragenkatalog sollten mitgeteilt werden.

7	Verschiedenes	17
	a) Mitteilungen der Vorsitzenden	17
	b) Änderungsanträge zum Haushalt	17

* * *

5 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

Vorsitzende Margret Voßeler erläutert, das Plenum habe den Antrag der Fraktion der Piraten in seiner 13. Sitzung am 9. November 2012 nach der Beratung einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur federführenden Beratung, an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung, den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Kommunalpolitik sowie den hiesigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollten im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Daniel Düngel (PIRATEN) teilt mit, der AGS habe in seiner gestrigen Sitzung eine Anhörung zum Thema des Tagesordnungspunktes beschlossen. Er, Düngel, würde es begrüßen, wenn sich der hiesige Ausschuss dieser Anhörung anschließt.

Andrea Asch (GRÜNE) stellt fest, mit diesem Vorschlag erübrige sich eine Befassung in der heutigen Sitzung. Der Ausschuss solle sich nachrichtlich an der Anhörung beteiligen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) befürwortet die nachrichtliche Beteiligung. Zuvor wolle er die vollständigen Unterlagen einsehen. Seine Fraktion habe angefragt, ob der Landesregierung bekannt sei, welche öffentlichen Gebäude PCB-belastet seien. Die Landesregierung habe mitgeteilt, dass es keine entsprechenden Unterlagen gebe. In einem anderen Landtagsausschuss sei hingegen von 1.400 belasteten Gebäuden die Rede gewesen. Um wie viele Kitas handle es sich? Seien auch Kitas in seinem Wahlkreis betroffen?

RBD Horst Perski (MBWSV) hat keine Kenntnis von einer solchen Liste. Möglicherweise hätten der Finanzminister oder der Bau- und Liegenschaftsbetrieb detailliertere Kenntnisse. Im Bauministerium würden solche Listen nicht geführt.

